

NIEDERSCHRIFT Nr.: 36/L

über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

- öffentlicher Teil -

am Mittwoch, 20.03.2019, um 16:02 Uhr

36. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16:02 Uhr

Sitzungsende: 17:22 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Herr Senator Günthner

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Sybille Böschen

Herr Robert Bücking

Frau Susanne Grobien

Herr Mustafa Güngör für Herrn Elias Tsartilidis

Herr Andreas Kottisch

Herr Sascha Lucht

Frau Dr. Henrike Müller

Herr Dieter Reinken (Vorsitzender)

Herr Klaus-Rainer Rupp

Herr Christian Schäfer

Herr Max Liess für Herrn Frank Schildt

Herr Dr. Volker Redder für Frau Lencke Steiner

Herr Heiko Strohmann für Herrn Jörg Kastendiek

Von der Verwaltung

Herr Brunßen

Frau Bullenkamp

Herr Cordßen

Frau Dietzmann

Herr Drücker

Herr Helmbrecht

Frau Jansen

Frau Krumsee-Budde

Herr Dr. Kühling

Herr Meyer

Herr Peters

Herr Sengstake

Herr Staatsrat Siering

Frau Stellmacher

Herr Stührenberg

Frau Wessel-Niepel

Gäste

Frau Geber (WFB)

Herr Göbel (WFB)

Herr Dr. Haustein (WFB)

Abg. Reinken eröffnet die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

Abg. Frau Grobien bittet, TOP 24 Land auszusetzen, da mit Abg. Kastendiek der Fragesteller zu dieser Vorlage heute abwesend sei.

Gegen die Tagesordnung werden keine weiteren Einwendungen erhoben.

Herr Brunßen erläutert vor Eintritt in die Tagesordnung, dass das aufgrund des Ausfalls der Sitzung vom 20.02.2019 eingeleitete Umlaufverfahren zu den Vorlagen

- 19/662-L „Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen über die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz“,
- 19/666-L „Ergänzende Landesmittel zur Gegenfinanzierung (Eigenanteil) des Breitbandförderverfahrens im Lande Bremen“ und
- 19/673-L „Sachstandsbericht Offshore Terminal Bremerhaven (OTB)“

mit mehrheitlicher Zustimmung zu allen drei genannten Vorlagen abgeschlossen worden sei.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 35/L über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen - öffentlicher Teil - vom 05.12.2018

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation als Sondervermögensausschuss

**TOP 2 Sonstige Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land);
Zwischenberichte zum 31.12.2018**

Vorlage Nr. 19/674-L/S

Abg. Rupp bemerkt, dass hohe Einnahmen aus den Grundstücksverkäufen zu verzeichnen seien, jedoch ein deutliches Missverhältnis zwischen den erschlossenen und verkauften Gewerbeflächen bestehe. In diesem Zusammenhang fragt er, wie viele Gewerbeflächen angekauft worden seien.

Herr Dr. Kühling erklärt die hohe Anzahl an verkauften Gewerbeflächen mit einer guten Baukonjunktur. Diese Phase setze sich fort, sodass die Erschließungsleistungen weiterhin auf hohem Niveau fortgeführt werden soll. Die Angaben zu den Gewerbeflächenankäufen werden über das Protokoll nachgereicht (siehe Anlage 3).

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Land) nimmt den

Zwischenbericht zum 31.12.2018 zur Kenntnis.

TOP 3 Sonstiges Sondervermögen Fischereihafen
Zwischenbericht zum 31.12.2018 - vorläufiger Jahresabschluss

Vorlage Nr. 19/675-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Fischereihafen nimmt den Zwischenbericht zum 31.12.2018 zur Kenntnis.

TOP 4 Betragsgrenzen zur Steuerung der sonstigen Sondervermögen,
Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses vom 14.12.2018

hier: Festlegen von Betragsgrenzen für das Haushaltsjahr 2019

Vorlage Nr. 19/692-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen als Sondervermögensausschuss für die Sondervermögen Gewerbeflächen (Land) und Fischereihafen stimmt der Festlegung der in den Tabellen 1 und 2 genannten Betragsgrenzen für die Sondervermögen Gewerbeflächen (Land) und Fischereihafen zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

An die Deputation

TOP 5 Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
- Jahresbericht 2018 und die Mittelbereitstellung 2019 -

Vorlage Nr. 19/670-L/S

Abg. Rupp fragt, wie die zu Daueraufgaben transformierenden Bereiche, etwa der Bereich Prostitutionsschutzgesetz, zukünftig finanziert würden.

Dep. Dr. Redder fragt, aus welchem Grund weiterhin 1,5 Stellen im Bereich Prostituiertenschutzgesetz nicht besetzt seien.

Herr Helmbrecht erläutert, dass eine Fortsetzung der eingesetzten Verstärkungsmittel im Zuge des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2020/2021 vorgenommen werden müsse.

Frau Wessel-Niepel ergänzt, dass sich die Personalgewinnung im Bereich des Prostituiertenschutzgesetzes äußerst schwierig gestalten und im Rahmen der bisherigen Ausschreibungsverfahren z. T. keine geeigneten Bewerber für die zu besetzenden Stellen gefunden werden konnten. Die Stellen seien allerdings neu ausgeschrieben worden. Auf

Bitte von **Senator Günthner** schildert sie weiter, dass es sich bei dem Prostituiertenschutzgesetz um ein komplexes Arbeitsfeld handle und man bei der Besetzung von A 9 und A 10 Stellen in Konkurrenz mit den anderen senatorischen Behörden stehen würde. Deshalb erfolge auch eine Mischung verschiedener Aufgaben, um größere Attraktivität der Stellen zu erreichen. In der Gesamtbetrachtung würden die steigenden Zahlen der abgeschlossenen Anmelde- und Beratungsverfahren einen positiven Weg ausweisen.

Abg. Reinken merkt an, dass die eingesetzten Mittel, speziell unter Berücksichtigung der damit verbundenen Sicherheitsmaßnahmen, die richtige Zielrichtung verfolgen würden. Aufgrund der Öffentlichkeitswirksamkeit sei dies auch für die Bremer Bürger ersichtlich und wahrzunehmen.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Umsetzung der Maßnahmen „Weiterfinanzierung TPM (3. Sofortprogramm / Integrationsbudget)“ und „Aufstockung SWAH – Prostituiertenschutzgesetz“ im Jahr 2019 zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Freigabe der für die Umsetzung notwendigen Landesmittel i.H.v. 106,2 T€ für die Maßnahme „Weiterfinanzierung TPM (3. Sofortprogramm / Integrationsbudget)“ und i.H.v. 745 T€ für die Maßnahme „Aufstockung SWAH – Prostituiertenschutzgesetz“ gem. Darstellung unter C für das Jahr 2019 zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die erforderlichen haushaltsrechtlichen Umsetzungen gemeinsam mit der Senatorin für Finanzen vorzunehmen
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Jahresbericht 2018 zur Kenntnis und beschließen die Weiterleitung an die Haushalts- und Finanzausschüsse des Landes Bremen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 6 Bericht über die strukturelle Neuaufstellung der WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH

Vorlage Nr. 19/672-L/S

Auf Bitte des **Abg. Reinken** führt **Herr Dr. Kühling** in die Vorlage ein. Er erklärt, der Bericht stelle zunächst die betriebswirtschaftlichen und strategisch-operativen Zielsetzungen der Neuaufstellungen vor. Neben der Verlagerung der Innovationsabteilung der WFB zum Ressort sei das Zusammengehen der BTZ mit den Marketingstrukturen der WFB und von Bremen.online der wesentliche strategische Schritt im strukturellen Neuaufbau der WFB. In diesem Zusammenhang seien bereits neue Instrumente wie etwa das Landestourismusprogramm gemeinsam entwickelt und verabschiedet worden. Er erwartet weiter, dass im

Zuge der Verschmelzung BTZ/WFB weitere Synergieeffekte von bis zu 200.000€ p.a. erwirtschaftet werden könnten. Im Übrigen stellten sich die Zahlen auf betriebswirtschaftlicher Seite in etwa wie bereits in vorherigen Vorlagen dargestellt, also wie erwartet dar. Abschließend weist er vor dem Hintergrund sich verändernder Einnahmesituationen – die WFB wird perspektivisch nicht mehr in dem Maße zur Finanzierung der Gesellschaft aus dem Eigenvermögen beitragen können - und der in diesem Zusammenhang erforderlichen notwendigen Absicherung der WFB aus dem Haushalt hin, da weiterhin der gewohnt hohe Qualitätsanspruch an die Arbeit der WFB gelegt werden solle.

Senator Günthner sieht die Situation der WFB ähnlich der Situation im Bereich der zu verstetigenden Verstärkungsmittel. Aufgrund der sinkenden Einnahmen aus Gewerbeflächenverkäufen werde das Finanzierungsmodell der WFB – die Flächen- und Immobilienverkäufe finanzieren die Wirtschaftsförderung – mittelfristig nicht mehr aufgehen, sodass sie über den Haushalt abgesichert werden müsse.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht über die strukturelle Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung Bremen GmbH zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Vorlage über die Senatorin für Finanzen an den Controllingausschuss der Bremischen Bürgerschaft zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 7 Beteiligungsbericht 1. bis 4. Quartal 2018

Vorlage Nr. 19/676-L/S

Abg. Rupp fordert eine kurzfristige Befassung der Deputation mit der Situation am Flughafen Bremen ein. Dabei müsse sich der Frage angenommen werden, wie es zu dem Sanierungs- und Investitionsstau kommen konnte und ob die Flughafen Bremen GmbH dessen Beseitigung alleine bewältigen könne. Seines Erachtens müsse sich Bremen mittel- bis langfristig der Frage stellen, ob und wie der Flughafen auf Dauer erfolgreich betrieben werden könne, auch vor dem Hintergrund europäischer Richtlinien. Jedenfalls lege der dem Controllingausschuss vorgelegte Wirtschaftsplan diese Grundsatzfragen nahe.

Dep. Dr. Redder hebt die ausgezeichnete innenstadtnahe Lage des Flughafens als essentiellen Vorteil hervor. Die Finanzprobleme könnten auch im Rahmen der europäischen Vorschriften kreativ gelöst werden, wie es bspw. Münster zeige. Angesichts der Situation sei der Smiley im Managementreport des Flughafens irritierend.

Abg. Reinken bestätigt die zentrale Rolle des Flughafens in der Region und erklärt, dass

ein Downsizing durch ausreichende Unterstützung verhindert werden müsse.

Staatsrat Siering hebt die Bedeutung des Flughafens als Wirtschaftsfaktor Bremens unter dem Zusammenspiel des Tourismus-, Logistik- und Businessverkehrs hervor. Mit dem Projekt „Smart-Departure“ sei eine Investition in die Zukunft vorgenommen und die Generierung zusätzlicher Einnahmen ermöglicht worden. Die Wettbewerbsfähigkeit müsse vor allem in Bezug auf umliegende Flughäfen, wie Hamburg, Münster, Dortmund oder auch Groningen aufrechterhalten werden. Dabei sei die Grundsituation des Flughafens Bremen besser als die des Dortmunder Flughafens, der trotz Zuwendungen von 20 Mio € ein Minus von 18 Mio € erwirtschaftete. Staatsrat Siering beschreibt den Investitionsstau nachdrücklich als nicht zufriedenstellend und führt bspw. die Investition in Räumgeräte für den Winterdienst und deren Lagerung als existenzielle Zukunftsfragen an. Die Wettbewerbsfähigkeit gründe aber auch auf weitere Aspekte. So werde in Bremen eine Flughafenfeuerwehr eingesetzt, während diese Aufgabe anderweitig von städtischen Feuerwehren, finanziert durch die jeweiligen Träger, durchgeführt werde. Insgesamt erfolge seitens des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den genannten Beispielen und einer Vielzahl weiterer, ähnlich gelagerter Problematiken. Die Hilfe in hoheitlichen Bereichen, wie etwa bei der Feuerwehr, sei unzweifelhaft möglich, da es sich um gesetzlich verordnete Aufgaben handle. Andere Maßnahmen müssten einem Private-Investor-Test unterzogen werden, welcher beihilferechtlich leistbar sei. Abschließend begrüßt er die im Rahmen der Bürgerschaftsdebatte zum Antrag der FDP-Fraktion wahrgenommene breite Solidarität mit dem Flughafen Bremen. In der Beurteilung des Smileys im Managementreport stimme er dem **Dep. Dr. Redder** zu, doch zeige dieser nur an, dass die Prognose auch eintreffen werde.

Abg. Rupp beschreibt, dass die Steigerung sonstiger Erträge um 813 Tsd. € auf die Gewinnabführung einer Tochtergesellschaft zurückzuführen sei. Der Gewinn der Tochtergesellschaft könne zwar durchaus als positiv bewertet werden, stelle jedoch keine Möglichkeit dar, den Flughafenbetrieb aufrechtzuerhalten. Er fragt, ob es auf S. 14 der Anlage zu einem Fehler gekommen sei, da das dargestellte Eigenkapital nicht mit der entsprechenden Gewinn- und Verlustrechnung übereinstimme. Die ernsthafte Auseinandersetzung mit der Problemlage könne er aber nicht anhand der Vorlagen für den Controllingausschuss in Sachen Flughafenentwicklung ablesen. Vielmehr vermisse er ein konkretes Ideenkonzept.

Staatsrat Siering entgegnet, zunächst sei es im Wesentlichen um eine Schadensbilanz gegangen. Die weiteren Fragen eigneten sich nicht für eine öffentliche Debatte angesichts der betroffenen Betriebsinterna. Zudem seien sie größtenteils bereits in vergangenen Sitzungen des Controllingausschusses beantwortet worden.

Frau Bullenkamp sagt eine Beantwortung der Fragen zum Eigenkapital über das Proto-

koll zu (siehe Anlage 4).

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Beteiligungsbericht über das 1. bis 4. Quartal 2018 zur Kenntnis.

TOP 8 Jahrestätigkeitsbericht der WFB, BIS, FBG, M3B und BAB

Vorlage Nr. 19/677-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Jahrestätigkeitsberichte 2018 der WFB, der BAB, der M3B, der FBG und der BIS zur Kenntnis.

**TOP 9 Neubau eines Ausstellungsbereiches "Extremwetter" im Klimahaus Bremerhaven
Hier: Finanzierung der Planungsleistungen**

Vorlage Nr. 19/645-L

Abg. Reinken zeigt sich erfreut über das Projekt und merkt an, dass es sowohl die aktuelle Klimadiskussion aufgreife, als auch als Tourismusprojekt diene. Er weist darauf hin, dass auf S. 13 der Vorlage ein zusammenhangloser Satz korrigiert bzw. gestrichen werden müsse.

Abg. Rupp spricht sich gegen die Bewilligung der Planungsmittel aus und erläutert, dass mit der Bewilligung der dargestellten Planungsleistungen weitere Finanzierungsleistungen von 10 Mio € präjudiziert würden, deren Finanzierung in einem zukünftigen Haushalt nicht absehbar sei.

Dep. Dr. Redder schließt sich den Ausführungen des **Abg. Rupp** an.

Abg. Kottisch hebt die strukturpolitische Bedeutung des Projektes hervor, das auf eine zukunftsorientierte Wirtschaftsentwicklung ausgerichtet sei.

Abg. Strohmann teilt die Einschätzung des **Abg. Kottisch** und ergänzt, dass durch das Projekt ein wissenschaftlicher Hintergrund aufgegriffen werde und für eine solche Neuerung auch Investitionen getätigt werden müssten. Andernfalls könne eine negative Entwicklung wie bei anderen Einrichtungen im Edutainmentbereich eintreten.

Abg. Frau Böschen schließt sich den Äußerungen des **Abg. Strohmann** an. Sie merkt zudem an, dass Museen und ähnliche Projekte ihre Attraktivität nur dann behalten könnten, wenn auch regelmäßige Neuerungen vorgenommen würden.

Nach Ansicht des **Abg. Bücking** sei das aktuelle Thema „Extremwetter“ angemessen im Klimahaus Bremerhaven aufgenommen worden. Zudem gibt er jedoch zu bedenken, dass im Verlauf der Planung und Realisierung eine Kostenbetrachtung nicht außer Acht gelas-

sen werden dürfe. Dabei seien vor allem Kosten und Nutzen der einzelnen Infotainmentbereiche von Bedeutung.

Abg. Rupp merkt in Richtung des **Abg. Kottisch** an, dass ihm die ökonomischen Zusammenhänge durchaus bekannt seien und bekräftigt, dass dem Projekt im Vorgriff auf die nach der Wahl anstehende Haushaltsaufstellung nicht zugestimmt werden könne.

Senator Günthner weist darauf hin, dass es sich bei dem Klimahaus Bremerhaven um die besucherstärkste Einrichtung des Landes Bremens handle und das Projekt einen Leuchtturmcharakter für die touristische Entwicklung im Bereich der Wissenswelten habe. Zu seiner weiteren Absicherung sei eine regelmäßige Attraktivierung von großer Bedeutung. Diese sei seines Erachtens mit dem gewählten Thema für das Klimahaus sehr gut gelungen. Insofern teile er die kritischen Anmerkungen ausdrücklich nicht.

Dep. Dr. Redder bemerkt, dass der Aspekt der Bildung wichtig sei, jedoch die anstehende Haushaltsaufstellung abgewartet werden solle. Nach Ansicht seiner Fraktion seien in Bremerhaven im Bereich der Bildung zudem wichtigere Dinge zu finanzieren und der Beitrag des Klimahauses zum Bildungsniveau vergleichsweise niedrig.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt das dargestellte Konzept „Extremwetter“ und damit die Finanzierung der notwendigen Planungskosten in Höhe von 650.000 € (Anteil SWAH) zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Finanzierung der Planungskosten in Höhe von 650.000 € zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Nachbewilligung in Höhe von 650.000 € zugunsten der Haushaltsstelle 0706/891 21-8 „Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven“ unter Einsparung bei der Haushaltsstelle 0709/892 10-0 „Innovationsförderung Schiffbau“ zu.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen von FDP und DIE LINKE.

TOP 10 Planung eines Gewerbezentrums für Gründer aus dem Bereich Green Economy im Gewerbe- und Industriegebiet Lune Delta im süd-/westlichen Stadtgebiet von Bremerhaven

Hier: Beschluss über Planungsmittel für die Leistungsphasen 1-3

Vorlage Nr. 19/678-L

Abg. Bücking begrüßt das Projekt ausdrücklich.

Abg. Frau Böschen hebt die Projektskizze als besonders gelungen hervor und erklärt, dass es sich bei dem „Lune Delta“ nicht nur um ein klimaverträgliches Gewerbe handle, sondern auch die Ausgestaltung des Gewerbegebietes auf dieser Grundlage entwickelt werde und dies als Alleinstellungsmerkmal in Deutschland hervorsteche.

Abg. Frau Grobien spricht sich für die Idee des nachhaltigen Gewerbegebietes aus, merkt dabei allerdings an, dass sie die Kosten-Nutzen-Analyse für bedenklich halte.

Abg. Kottisch hält das Projekt für eine beeindruckende Maßnahme einer Gesamtstrategie, bei der die lokale Wirtschaft eingebunden werde. Er weist darauf hin, dass es auch in diesem Fall um Planungsmittel gehe, die erhebliche Investitionen nach sich ziehen würden und er daher auf die Abstimmung gespannt sei.

Dep. Dr. Redder erklärt, dass dieses Projekt und das Klimahaus getrennt voneinander zu betrachten seien und er daher seine Zustimmung signalisieren werde. Dennoch habe er Bedenken hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit des Projektes.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt das dargestellte Konzept des Gründerzentrums „Green Economy“ und damit die Finanzierung der notwendigen Planungskosten in Höhe von 675.000 € (Anteil SWAH und GRW) zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Finanzierung der Planungskosten im Rahmen einer GRW Finanzierung in Höhe von 675.000 € sowie der Finanzierung von 5.000 € für die baufachtechnische Prüfung aus veranschlagten Mitteln im Jahr 2019 zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

**TOP 11 EFRE Programm 2014 - 2020; Prioritätsachse 3: Förderung CO²-effizienter
Wirtschafts- und Stadtstrukturen**

**Finanzierung des Umbaus des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der Nordsee
GmbH, Klußmannstraße 3, 27570 Bremerhaven, für das Alfred-Wegener-Institut**

Vorlage Nr. 19/679-L

Abg. Reinken merkt an, dass es sich um ein gutes Projekt handle, um den Strukturwandel voranzutreiben, vor allem unter Berücksichtigung wissenschaftlich orientierter Bereiche.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Nordsee GmbH“, Klußmannstraße 3, 27570 Bremerhaven, für das Alfred-Wegener-Institut (AWI) für einen Gesamtkostenansatz in Höhe von 7.498.065 € zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Darlehensaufnahme durch die Fischereihafen-Betriebsgesellschaft (FBG) in Höhe von 5.662.127 € zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Förderung der energetischen Sanierungsmaßnahmen aus EFRE-Mitteln in Höhe von 1.806.980 € in den Jahren 2019 bis 2020 zu.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.735.940 € bei der Haushaltsstelle 0706/891 21-8 „Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven“ mit Abdeckung in 2020 in Höhe von 1.706.982 € aus EFRE-Mitteln und in Höhe von 28.958 € aus Landesmitteln für die BZP zu.
5. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, im Jahr 2019 eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 12 EFRE-Programm Land Bremen 2014-2020

**Transferzentrum für optimierte, assistierte, hochautomatisierte und autonome
Systeme (TOPA³S)**

Startprojekt: automatisierte Bedatung digitaler Zwillinge

Vorlage Nr. 19/680-L

Auf Bitte des **Abg. Reinken** führt **Herr Stührenberg** in Vorlage ein. Er erläutert, dass es sich um ein Projekt aus dem Bereich der künstlichen Intelligenz handle, das bedeutend für die Entwicklung und Optimierung im Bereich der autonomen Satelliten-, Schiffs- und Auto-steuerung sei. Das für die Projektidee des TOPA³S führende Zentrum für Technomathematik der Universität Bremen (ZeTeM) sei mit seiner Software im Bereich autonomer und

automatisierter Systeme deutschlandweit führend. Hinter dem TOPA³S stehe die Idee, ein Transferzentrum aufzubauen, das die bestehenden Kompetenzen neben dem DFKI ausbaue und sichtbar mache sowie die entwickelten Fähigkeiten auch als Dienstleistungen vermarkte. Konkret werde zunächst die Idee einer automatisierten Bedienung verfolgt, indem die bisher manuellen Vorgänge automatisiert erfasst würden.

Abg. Reinken hält das dargestellte Verfahren für ein gutes Projekt im Bereich der Prozesse künstlicher Intelligenz. Ihm sei jedoch nicht klar, wie die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft gestaltet werde und eine Zusammenarbeit stattfinden könne. Zudem hält er es für sinnvoll, dass die Vorlage an den Wissenschaftsausschuss geleitet werde.

Dep. Dr. Redder unterstützt das Projekt, bemerkt allerdings, dass er das darin verwandte Wording für zu kompliziert und unverständlich halte.

Abg. Rupp stimmt den Ausführungen des **Dep. Dr. Redder** zu. Er gibt weiter zu bedenken, dass darauf zu achten sei, dass die Projektausstattung auch der Komplexität der Aufgabenstellung und Projektziele entsprechen sollte.

Abg. Frau Grobien dankt für den Hinweis zur Weiterleitung der Vorlage an den Wissenschaftsausschuss. Sie bemerkt, dass dieses komplexe Themengebiet kaum abschließend durch die Deputation beurteilt werden könne und meint, den konkret am Projekt beteiligten Akteuren und Wissenschaftlern sollte mehr Vertrauen entgegengebracht werden.

Abg. Frau Dr. Müller stimmt der **Abg. Frau Grobien** zu und bedauert die Zweifel am Projekt aufgrund einer offenbar zu komplexen Projektbeschreibung.

Dep. Dr. Redder bemerkt, dass er nicht das Projekt, sondern vielmehr das Wording in Frage gestellt habe.

Herr Stührenberg ergänzt seine einführenden Hinweise mit konkreten Arbeitsbeispielen. So erinnert er an das Virtual Product House und seine Zusammenarbeit mit Airbus im Bereich der Flugzeugkonstruktion und –herstellung. In diesen Clusterbestandteil füge sich das TOPAS ein. Weitere Anwendungsbeispiele seien eine autonome Schiffssteuerung in Hafengebieten sowie die Kollisionsvermeidung für Weltraumsatelliten. Letztere biete schon eine aktive Schnittstelle zur lokalen Raumfahrtindustrie. Zwar sei das Wording gewöhnungsbedürftig und teilweise irritierend, doch sei die Kompetenz des ZeTeM auch international unstrittig. Er betont, dass mit dem Projekt nicht nur ein Forschungsprojekt für die Zusammenführung verschiedener digitaler Techniken und Fähigkeiten verfolgt werde, vielmehr sei es von Bedeutung, diese später auch als Dienstleistung in einem breiten Rahmen zur Optimierung anderer Fragestellungen zu vermarkten.

Abg. Reinken erinnert an die Bürgerschaftsdebatte zu wissensorientierten Dienstleistun-

gen, an der sich alle Fraktionen mit begeisterten Debattenbeiträgen beteiligt hätten. Seines Erachtens passe das TOPAS als ein Startprojekt sehr gut in dieses Segment, sodass es eigentlich breite Zustimmung in der Deputation erfahren müsste.

Abg. Rupp äußert, dass er das Projekt nicht ablehne, sondern die Vorlage für unverständlich halte. Zudem habe er Zweifel an der Realisierung der Zusammenführung unterschiedlicher Techniken, auch vor dem Hintergrund einer unausgereiften Technikfolgenabschätzung.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Maßnahme „Transferzentrum für optimierte, assistierte, hochautomatisierte und autonome Systeme -Startprojekt: automatisierte Bedienung digitaler Zwillinge“ zu und beschließt die Umsetzung mit einem Mittelvolumen von 638.000€
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Eingehen einer Verpflichtungsermächtigung für die Förderung der Maßnahme „Transferzentrum für optimierte, assistierte, hochautomatisierte und autonome Systeme -Startprojekt: automatisierte Bedienung digitaler Zwillinge“ und der sich daraus ergebenden Vorbelastung für das Haushaltsjahr 2020 i.H.v. 238.000 € entsprechend dem beiliegenden VE-Antrag zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 13 Bericht zum Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 19/1891): Der Instandhaltungsbereich der Bahn braucht eine Zukunft in Bremen!"

Vorlage Nr. 19/667-L

Abg. Rupp weist darauf hin, dass er dieser Vorlage keine Zustimmung erteilen werde.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zum Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 30.10.2018 (Drs. 19/1891) zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen um Weiterleitung des Berichtes an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) und empfiehlt der Bürgerschaft, den Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 30.10.2018 (Drs. 19/1819) abzulehnen.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion DIE LINKE

sowie bei Enthaltung der Stimmen der VertreterInnen der Fraktion der CDU.

TOP 14 Bericht zum IAC International Astronautical Congress 2018 in Bremen

Vorlage Nr. 19/671-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zum IAC 2018 zur Kenntnis.

TOP 15 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP): "Brücken bauen - Integration von Straffälligen in Bremen und Bremerhaven"

Vorlage Nr. 19/657-L

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Durchführung des Programms „Brücken bauen – Integration von Straffälligen in Bremen und Bremerhaven“ zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem geplanten Mitteleinsatz und dem Eingehen von Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Maßnahme „Brücken bauen – Integration von Straffälligen in Bremen und Bremerhaven“ bei der Haushaltsstelle 0308.686 53-1, EU-Zuschüsse ESF 2014-2020 (Programmmittel), in Höhe von insgesamt 2.680.000 € zulasten der Jahre 2020 und 2021 (je 1.070.000 €) und 2022 (540.000 €) zu und bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Mittel für die Finanzierung der Maßnahme für die Jahre ab 2020 durch eine Erhöhung des Einnahmeanschlags im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 produktplan-intern darzustellen und sie in der Finanzplanung bis 2022 fortzuschreiben.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die erforderlichen haushaltsrechtlichen Ermächtigungen über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 16 Bericht: Erstattung von Fahrgeldausfällen nach dem Schwerbehindertenrecht

Vorlage Nr. 19/658-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis.

TOP 17 Fortsetzung der Ausbildungsgarantie - Bereitstellung von Landesmitteln für die Jahre 2019 - 2023

Vorlage Nr. 19/682-L

Abg. Frau Böschen begrüßt die Fortsetzung des Programms auch durch neue Maßnahmen. So sei an der Schule am Ernst-Reuter-Platz in Bremerhaven eine Neuausrichtung des Übergangsmagements geplant. Die Teilnehmerzahl von 6 Personen in Bremerhaven im Rahmen der Berufsqualifizierung sei allerdings deutlich zu wenig. Deshalb begrüßt sie die von der JBA begonnenen Aktivitäten, mehr Personen für dieses Programm zu gewinnen.

Abg. Rupp weist auf den Vorgriff in künftige Haushalte hin.

Abg. Frau Grobien erklärt, dass sich die Fraktion der CDU der Vorlage aufgrund des Vorgriffs auf künftige Haushalte enthalten werde.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt den vorgeschlagenen Maßnahmen zu und gibt im Unterfonds C1 des BAP die benötigten Landesmittel entsprechend der oben ausgeführten Jahresbedarfe für die Fortsetzung der Ausbildungsgarantie im Jahr 2019 zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Mittelinanspruchnahme in Höhe von insgesamt 665.348 € für das Jahr 2019 zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt vorbehaltlich der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses der Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung bei Hst. 0305/684 60-0, Zuschüsse im Rahmen der Ausbildungsgarantie, in Höhe von 4.989.420 € zu. Die Abdeckung dieser Verpflichtungsermächtigung erfolgt im Rahmen der zukünftigen Anschläge in Höhe von 2.373.010 € im Jahr 2020, 1.778.340 € im Jahr 2021, 775.790 € im Jahr 2022 und 62.280 Euro im Jahr 2023.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss die erforderlichen Beschlüsse herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion der FDP sowie bei Enthaltung der Stimmen der VertreterInnen der Fraktion der CDU.

TOP 18 Ausschöpfung der Eingliederungstitel 2018 in den Jobcentern (JC) Bremen und Bremerhaven

Vorlage Nr. 19/654-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**TOP 19 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP):
Modellprojekt für Alleinerziehende (Projekt VIA - Vermittlung und Integration von Alleinerziehenden in Arbeit) und Netzwerk für Alleinerziehende**

- Bilanz nach einem Jahr -

Vorlage Nr. 19/656-L

Abg. Frau Böschen hebt hervor, dass hier ein richtiger Weg eingeschlagen werde, es jedoch vielfältige Ursachen gäbe, die eine Vermittlung von Alleinerziehenden erschwere. Hier müsse diesem Projekt mehr Zeit geben werde.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 20 Bericht: Umsetzung des Aktionsprogramms zur Förderung von Inklusionsbetrieben (2013 - 2017, "Inklusion voranbringen")

Vorlage Nr. 19/659-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht des AVIB über die Umsetzung des Aktionsprogramms zur Förderung von Inklusionsbetrieben (2013 – 2017, „Inklusion voranbringen“) zur Kenntnis.

TOP 21 Bericht: Modellprojekt "KompeTanz"

Vorlage Nr. 19/683-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht des AVIB zur Kenntnis.

TOP 22 Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung

hier: Nebenkosten der Hafenslotsen

Vorlage Nr. 19/660-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung mit Wirkung zum 01. Januar 2019 zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 23 Genehmigungen von Großraum- und Schwerlasttransporten

Vorlage Nr. 19/661-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 24 Berichtswunsch zur Nutzung von BIM-Software in bremischen Einrichtungen und Gesellschaften - Sachstand

Vorlage Nr. 19/684-L

Auf Bitte der CDU-Fraktion wird dieser Tagesordnungspunkt ausgesetzt.

TOP 25 EFRE Programm 2014-2020, Quartiersmeisterei Alte Bürger in Bremerhaven 2019 - 2020

Vorlage Nr. 19/694-L

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Beschluss des Senats vom 12.03.2019 zur Weiterführung der Quartiersmeisterei Alte Bürger in 2019 und 2020 und damit die Finanzierung der notwendigen Kosten in Höhe von 246.950 € (50%-Anteil EFRE) zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Finanzierung der Kosten im Rahmen einer EFRE-Finanzierung in Höhe von 117.150 € im Jahr 2019 sowie 129.800 € im Jahr 2020 zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 129.800 € bei der Hst. 0709/985 76-0 „An Hst. 6782/385 17 für das EU-Programm EFRE 20142020 (konsumtiv)“ mit Abdeckung im Jahr 2020 aus EFRE-Mitteln zu. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung wird die bei der Hst. 0709/686 56-9 „EU-Programm EFRE 2014-2020 (konsumtiv) veranschlagte Verpflichtungsermächtigung insoweit nicht in Anspruch genommen.

4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 26 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP) - Umsetzung des Teilhabechancengesetzes im Rahmen des Landesprogramms "Perspektive Arbeit (LAZLO)"

Vorlage Nr. 19/655-L

Auf Nachfrage des **Abg. Rupp** weist **Frau Jansen** darauf hin, dass die Aufteilung der Mittel nach einem bundesweit vereinbarten Schlüssel und dem Problemdruckindikator der Jobcenter erfolge.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der geplanten Umsetzung des Teilhabechancengesetzes im Rahmen des Landesprogramms Perspektive Arbeit (LAZLO) zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der geplanten Freigabe eines zusätzlichen Budgets in Höhe von 11.174.088 €ESF-Mittel im BAP–Unterfonds B 1 zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Eingehen von Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Maßnahme „Umsetzung des Teilhabechancengesetzes im Rahmen von LAZLO“ bei der Haushaltsstelle 0308.686 53-1, EU-Zuschüsse ESF 2014-2020(Programmmittel) i.H.v. insgesamt 10.014.755 € zulasten der Jahre 2020(5.000.755 €) und 2021 (5.014.000 €) zu. Die Abdeckung dieser Verpflichtungsermächtigung erfolgt im Rahmen der zukünftigen Anschläge.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss die erforderlichen Beschlüsse herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der Stimmen der VertreterInnen der Fraktion der CDU.

TOP 27 Verschiedenes

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Reinken schließt die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

Reinken
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

Für TOP 15-21, 26
Stellmacher

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen **EFRE-Mittel** aller Ressorts sowie die verausgabten Gesamtmittel

Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation ⁴⁾	48.140.858	51.316.240	11.607.083
Achse 2 - KMU	13.012.593	7.956.750	7.064.222
Achse 3 - CO2	18.543.844	5.172.392	4.494.272
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	12.534.050	8.342.252
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	4.101.084
Programm insgesamt	96.840.070	81.100.286	35.608.913

¹⁾ Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro).
Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte (beschlossener EU-/EFRE-Anteil ohne nationale Kofinanzierung).

³⁾ Summe förderfähiger und anerkannter (geprüfter) Ausgaben. Aufgrund eines EU-/EFRE-Anteils von i. d. R. 50 % und damit einer erforderlichen nationalen Kofinanzierung in gleicher Höhe sind die Ausgaben nach vollständiger Umsetzung meist doppelt so hoch wie der EU-/EFRE-Beitrag. Tatsächlich ist der in den Projekten erreichte Ausgabenstand bereits höher. Die Ausgaben sind jedoch mehreren, aufwändigen Prüfschritten zu unterziehen. Um die Einheitlichkeit und Qualität der Angaben zu gewährleisten, werden die Ausgaben nur geprüft und damit zeitversetzt ausgewiesen.

⁴⁾ Durch die letzten Beschlüsse (lfd. Nr. 34-36, 38) ist in Achse 1 bereits eine Überbuchung zu verzeichnen. Überbuchungen sind grundsätzlich hilfreich und auch anzustreben, soweit finanziell darstellbar. Es kann im Rahmen der Abrechnungen immer zu Umschichtungen innerhalb der Achse kommen (z. B. bei Minderbedarfen aus anderen Projekten in der Achse). Es könnte ggf. zusätzliche Mittel in der Achse geben, wenn im weiteren Verlauf der Förderperiode die Zuteilung der leistungsgebundenen Reserve erfolgt. Soweit notwendig, wäre auch eine Mittelbereitstellung durch eine spätere Programmänderung mit Umschichtung von Mitteln zugunsten von Achse 1 möglich.

Vorhabenliste aller Ressorts

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
1	Wirtschaftsdeputation HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	138.976
2	Wirtschaftsdeputation HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	109.550
3	Wirtschaftsdeputation HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/ innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-17	623.000	0
4	Wirtschaftsdeputation HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-17	465.000	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
5	Wirtschafts- deputation HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-21	1.800.000	0
6	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-20	6.000.000	597.813
7	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie- Feldmessungen 2. Phase	1	2015-18	950.000	929.665
8	Wirtschafts- deputation HaFA	30.09.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016-17	915.000	1.511.141
9	Wirtschafts- deputation HaFA	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße (inkl. vorgeschalteter Konzeptstudien Fischereihafen)	3	2016-17	518.902	446.160
10	Wirtschafts- deputation HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmarketing und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016-17	280.000	416.038
11	Wirtschafts- deputation HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	552.452
12	Wirtschafts- deputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Überseestadt: Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken	4	2016-18	4.358.500	5.989.608
13	Wirtschafts- deputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)	1	2016-18	5.885.000	3.393.399
14	Wirtschafts- deputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Technische Hilfe	5	2016-21	4.120.854	4.101.084
15	Wirtschafts- deputation HaFA	10.08.2016 16.09.2016	Finanzinstrumente - EFRE-Darlehensfonds und EFRE- Wagniskapitalfonds	1 2 3	2016-19 2016-19 2016-19	5.300.000 3.950.000 3.750.000	5.450.175 4.264.213 4.048.113
16	Wirtschafts- deputation HaFA	07.09.2016 16.09.2016 19.09.2018 21.09.2018	Revitalisierung Kistner-Gelände in Bremerhaven (inkl. Mehrkosten-Beschluss 2018)	4	2016-20	2.570.000	830.825
17	Wirtschafts- deputation HaFA	26.10.2016 04.11.2016	FuE Infrastrukturen für die Integration des FIBRE in das EcoMaT	1	2017-19	475.000	378.591

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
18	Wirtschafts- deputation HaFA	18.01.2017 27.01.2017	Quartiersmeisterei Alte Bürger in Bremerhaven	4	2015-18	396.350	245.804
19	Wissenschafts- ausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Forschungs- und Verwaltungsgebäude für das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI)	1	2017-20	4.400.000	0
20	Wissenschafts- ausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Zukunftskonzept Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES)	1	2017-20	1.644.740	0
21	Wissenschafts- ausschuss HaFA	17.05.2017 09.06.2017	Aufbau einer Forschergruppe „Hochleistungselektronik für Windenergieanlagen“	1	2017-21	752.500	304.988
22	Wirtschafts- deputation HaFA	27.09.2017 03.11.2017	City- und Stadtteilmarketing und -management (Finanzierung 2018 und 2019)	4	2018-19	280.000	165.023
23	Wirtschafts- deputation HaFA	15.11.2017 01.06.2018	Ein zukunftsfähiges Gründungsangebot - aus BEGIN wird das START Haus	2	2018-19	1.500.000	1.288.868
24	Wirtschafts- deputation HaFA	13.12.2017 26.01.2018	Virtual Product House im EcoMaT: Startprojekt Multifunktionale äußere Steuerungsfläche	1	2018-21	1.220.000	0
25	Wissenschafts- ausschuss HaFA	11.04.2018 20.04.2018	Aufbau einer durchgängigen Prozesskette für das additive Manufacturing von hochbeanspruchten metallischen Bauteilen (IWT - ProAM)	1	2018-20	850.000	0
26	Senat Wirtschafts- deputation HaFA	08.05.2018 13.06.2018 29.06.2018	ESA BIC North Germany: Aufbau und Betrieb eines Start- up Inkubators für die Raumfahrt in Bremen	1	2018-21	1.075.000	0
27	Wirtschafts- deputation HaFA	13.06.2018 29.06.2018	Quartiersmeisterei Lehe in Bremerhaven	4	2015-20	762.250	446.428
28	Umweltdeputation	16.03.2017	Programm zur Förderung der angewandten Umweltforschung (AUF)	1	2016-21	2.100.000	0
29	Umweltdeputation	16.03.2017	Programm zur Förderung anwendungsnahe Umwelttechniken (PFAU)	1	2016-21	4.000.000	0
30	Umweltdeputation HaFA	14.06.2018 15.06.2018	"Drehscheibe Gröpelingen" Neubau einer Umsteiganlage	4	2018-22	1.250.000	0
31	Wirtschafts- deputation HaFA	19.09.2018 21.09.2018	Projektförderung für die Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG) GmbH in 2018 bis 2020	2	2018-20	503.750	0
32	Bau und Umwelt Deputation	01.11.2018	Naherholungspark Bremer Westen - Rundweg In den Wischen	4	2018-19	500.000	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
33	Bau und Umwelt / Kinder und Bildung Deputation HaFA	01.11.2018 02.11.2018	Neubau der Oberschule und Gestaltung des Campus Ohlenhof - Neubau Sporthalle	4	2019-20	1.750.000	0
34	Wirtschafts- deputation HaFA	05.12.2018 14.12.2018	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI), Phase B	1	2019-21 ⁴⁾	4.250.000	0
35	Wirtschafts- deputation HaFA	05.12.2018 14.12.2018	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo), Phase B	1	2019-21 ⁴⁾	4.735.000	0
36	Wirtschafts- deputation HaFA	05.12.2018 14.12.2018	FuE-Infrastruktur für additive Fertigung im EcoMaT	1	2019-20 ⁴⁾	450.000	0
37	Wirtschafts- deputation	20.03.2019	Quartiersmeisterei Alte Bürger 2019-20	4	2019-20	246.950	0
38	Wirtschafts- deputation HaFA	20.03.2019 22.03.2019	Transferzentrum für optimierte, assistierte, hoch- automatisierte und autonome Systeme (TOPAS)	1	2019-20 ⁴⁾	319.000	0
39	Wirtschafts- deputation	20.03.2019	Umbaus des ehem. Verwaltungsgebäudes der Nordsee GmbH	3	2019-20	903.490	0

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 05.12.2018)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
23.	Kajensanierung im Kaiserhafen III Vorstellung der weiterentwickelten Konzeption	10.08.2016	Abg. Rupp	
25.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, (zuletzt: 25.10.2018)
30.	Förderung des Zukunftskonzepts Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES) Zwischenbericht nach erster Projektphase	01.03.2017	Abg. Liess	
40.	Zwischenbericht Enterprise Europe Network EEN Bremen 2015-2020	25.10.2017	Abg. Reinken	24.04.2019
43.	Ausschöpfung der Eingliederungstitel – Instrumentenbezogene Auswertung	07.03.2018	Abg. Rupp	20.03.2019
45.	Sachstand Strukturelle Neuaufstellung Tourismusförderung/-entwicklung	13.06.2018	Abg. Reinken	
47.	Nutzung von BIM-Software in bremischen Einrichtungen und Gesellschaften – Sachstand	25.10.2018	Abg. Kastendiek	

Protokollanhang zur Sitzung der Deputationen Wirtschaft, Arbeit und Häfen

TOP 2	Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land); Zwischenberichte zum 31.12.2018 Vorlage Nr. 19/674-L/S
--------------	--

Herr Rupp hat bei der Darstellung des Zwischenberichts nachgefragt, wie viele Gewerbeflächen angekauft worden sind.

Antwort:

Im Jahr 2018 wurden im Geschäftsbereich der WFB zwei Grundstücke von insgesamt 2,34 ha angekauft.

Hierbei handelte es sich um eine Fläche im Gewerbepark Hansalinie und ein Grundstück im GVZ. Der Preis der Ankäufe betrug zusammen 503 T€

Anlage 4

TOP 7	Beteiligungsbericht 1. bis 4. Quartal 2018
	Vorlage Nr. 19/676-L/S

Herr Rupp hat bei der Darstellung im Managementreport (MMR) der Flughafen Bremen GmbH das Eigenkapital nachgefragt, da dieses anhand der vorliegenden Daten im MMR nicht nachzuvollziehen sei.

Antwort:

Das Berichtsformular MMR muss sich aus Platzgründen auf wesentliche Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung bzw. der Bilanz konzentrieren. Das Eigenkapital betreffend, wird aus diesem Grund auf den Ausweis solcher Unter-Position verzichtet, die i. d. R. langfristig unverändert bleiben oder sehr selten zu bilanzieren sind. Zu solchen Positionen zählt *'gezeichnetes Kapital'* (Stammkapital) und bspw. die Position *'nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag'*. Sofern doch Änderungen in derartigen Positionen eintreten, würde das im Textteil des Formulars dargelegt.

Eine vollständige Nachvollziehbarkeit der Zusammensetzung des Eigenkapitals mit dem MMR ist insofern formularbedingt nur eingeschränkt möglich. Das gilt für jede berichtende Gesellschaft.

Der MMR der Flughafen Bremen GmbH macht die Einschränkung besonders deutlich, da die Gesellschaft über ein vergleichsweise hohes Stammkapital verfügt. Der Ausweis der Positionen im MMR erfolgte dabei jedoch für alle Spalten (Prognose / Plan / Vorjahr) richtig.

Ein vollständiger Überblick wird nachfolgend beispielgebend für die Flughafen Bremen GmbH gegeben, in dem das gezeichnete Kapital einbezogen wird:

Zusammensetzung 31.12.2017 (vgl. MMR Spalte Vorjahr):

+ Gezeichnetes Kapital	=	30.779 T€
+ Kapital-/Gewinnrücklagen/SoPoR	=	77.545 T€
+/- Gewinn-/Verlustvortrag	=	-25.209 T€
+/- Jahresüberschuss /- fehlbetrag	=	-3.343 T€
= Eigenkapital	=	79.772 T€

Zusammensetzung 31.12.2018 (vgl. MMR Spalte Prognose):

+ Gezeichnetes Kapital	=	30.779 T€
+ Kapital-/Gewinnrücklagen/SoPoR	=	77.545 T€
+/- Gewinn-/Verlustvortrag	=	-28.552 T€
+/- Jahresüberschuss /- fehlbetrag	=	-44 T€
= Eigenkapital	=	79.729 T€ (1T€ Rundungsdifferenz)